



Presse

Dennis Pape, Westfalen-Blatt

Zuhörer

Drei Personen

## **Öffentlicher Teil**

### **1. Eröffnung der Sitzung**

Bürgermeister Klocke begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Widerspruch wird nicht erhoben.

### **2. Beratung über den Haushaltsplan 2017**

#### **Vorlage: 003/2017**

Grundlage für die Diskussion ist die von der Verwaltung zur Verfügung gestellte Auflistung aller im Haushaltsplan 2017 vorgesehenen Maßnahmen. Die dem Baubereich zuzurechnenden wurden bereits in der letzten Woche vom Bauausschuss vorberaten.

Josef Büker erkundigt sich nach den Gründen für den vorgesehenen Blumenschmuck am Rathaus. Josef Suermann erklärt, dass ihm insbesondere im letzten Urlaub aufgefallen war, dass sämtliche Rathäuser mit Blumenschmuck versehen und schon deshalb als solche erkennbar waren. Blumenschmuck am Rathaus Marienmünster würde ein Stück weit das Dorfbild von Vörden verschönern und könnte gegebenenfalls andere Hauseigentümer dazu animieren, ihre Häuser ebenfalls zu schmücken.

Bernadette Niemeier entgegnet, dass ihrer Ansicht nach zunächst das Umfeld des Rathauses in den Sommermonaten sauberer gehalten werden müsste, bevor an Blumenschmuck gedacht wird. Josef Suermann hält ihr entgegen, dass das Eine das Andere nicht ausschließt.

Elmar Stricker argumentiert für die Verschönerung der Fassade. Dem schließt sich Josef Dreier an.

Auf die weitere Nachfrage von Josef Büker, was es mit der Zeiterfassung für den Bauhof auf sich hat, erklärt Josef Suermann, dass der Begriff "Zeiterfassung" nicht richtig gewählt wurde. Vielmehr gehe es darum, mit einem Programm die Kostenrechnung und die Auftragsverwaltung zu erleichtern und zu optimieren.

Nicolay Loges erläutert eingehend die aufgelisteten Maßnahmen, die in und an der Grundschule Marienmünster durchgeführt werden sollen. Kai Schöttler, Elmar Stricker und Bernadette Niemeier sprechen ihr Lob an die Schule aus.

Bürgermeister Robert Klocke erläutert, dass bei dem hohen anstehenden Investitionsbedarf am alten Grundschule Gebäude zu überlegen ist, ob nicht ein Abriss und Neubau die wirtschaftlichere Variante darstellt. Es schlägt daher vor, in den Haushaltsplan 5.000 € für die Erstellung eines Gutachtens einzustellen.

Josef Büker erklärt, dass die CDU-Fraktion in Richtung Abriss und Neubau tendiert, sollte das Gutachten dies unterstützen. Sanierungen an alten Gebäuden brächten oftmals unvorhergesehene Kosten mit sich. Ein Neubau könne dagegen energetisch besser und zweckmäßiger hergestellt werden. Kai Schöttler ergänzt, dass Gebäude, die in den sechziger Jahren gebaut wurden, oftmals technisch überholt seien. Für die Zukunft könne sich die Stadt besser und konkurrenzfähiger mit einem Neubau aufstellen.

Elmar Stricker fordert vorab ein Raumkonzept, um den Bedarf an Klassenräumen pp. zu ermitteln. Nicolai Loges erklärt hierzu, dass er ohnehin dabei sei, ein Raumkonzept zu verschriftlichen.

Josef Dreier hält den vorgeschlagenen Weg für in Ordnung. Auch er hält ein Raumkonzept für unabdingbar, um einen Neubau gegebenenfalls bedarfsgerecht planen zu können.

Bürgermeister Klocke spricht das Feuerwehrfahrzeug für die Ortschaft Bremerberg an. Die ursprüngliche Absicht, ein wasserführendes Fahrzeug anzuschaffen, welches einen höheren einsatztaktischen Wert hätte, scheitere an den begrenzten räumlichen Möglichkeiten im Feuerwehrgerätehaus Bremerberg und der unzureichenden Zuwegung. Stattdessen solle ein sogenannter Gerätewagen-TS (GW-TS) angeschafft werden, der statt der eingeplanten 75.000 € einschließlich Aufbau und Ausstattung ca. 60.000 € kosten solle.

Josef Büker trägt die Änderungsanträge der CDU-Fraktion zum Haushalt vor. Danach solle der Materialkostenzuschuss für den „Totenschoppen“ in Kollerbeck auf 4.000 € anstelle der eingeplanten 8.000 € reduziert werden. Weiterhin solle der Haushaltsansatz für die Errichtung einer Toilettenanlage am Abenteuerspielplatz Vörden mit einem Sperrvermerk versehen werden. Hier solle zunächst die zukünftige Entwicklung der benachbarten Minigolfanlage, die über eine separat nutzbare Toilettenanlage verfügt, abgewartet werden.

Josef Dreier stellt infrage, ob der „Totenschuppen“ in Kollerbeck überhaupt erforderlich ist. Bürgermeister Klocke erklärt, dass der Heimatverein Kollerbeck, der sich in erheblichem Maße ehrenamtlich einbringt, auf die Unterstellmöglichkeit angewiesen ist. Darüber hinaus werde der Schuppen benötigt, um Sandsäcke unterzubringen, die gegebenenfalls zur Absicherung des Teiches gebraucht würden.

Paul Postert spricht sich dafür aus, den Schuppen abzureißen.

Elmar Stricker warnt davor, Beschlüsse der Ortsausschüssen einfach mit einem Federstrich zu streichen. Der Rat dürfe sich nicht als „Oberguru“ aufspielen.

Auf Hinweis von Josef Suermann, dass die CDU-Fraktion dankenswerterweise ihre Anträge zum Haushaltsplan in der heutigen Sitzung rechtzeitig bekannt gemacht hat, damit die übrigen Fraktionen sich hiermit vor der kommenden Ratssitzung auseinandersetzen können, erklären Helmut Lensdorf und Josef Dreier, dass von ihren Fraktionen keine Änderungsanträge zum Haushaltsplan kommen werden.

Elmar Stricker erklärt, dass er einen Antrag auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Umgestaltung des Friedhofsvorplatzes in Bredenborn stellen wird. Es handelte sich hier um mehr als eine bloße Verschönerungsmaßnahme. Den Hinweis auf die hierdurch steigenden Friedhofsgebühren lasse er nicht gelten, da die Investition auf viele Jahre abgeschrieben werden könnte und dadurch die Belastung für das einzelne Jahr gering sei.

Die Verwaltung sagt zu, bis zur Ratssitzung auszuwerten, wie sich die Umgestaltung des Friedhofsvorplatzes auf die Friedhofsgebühr niederschlagen würde.

Gregor Meier weist darauf hin, dass die Friedhofsgebühr wegen der Fehlbeträge der letzten Jahre ohnehin angepasst werden muss. Die Kosten für die beantragte Tiefbaumaßnahme in Bredenborn kämen dann noch belastend hinzu.

Josef Dreier erklärt, dass die Umgestaltung des Friedhofsvorplatzes im Ortsausschuss Bredenborn an erster Stelle stand. Er halte es für nicht gerechtfertigt, die entstehenden Gesamtkosten über die Friedhofsgebühr umzulegen, da seiner Meinung nach 2/3 des Platzes als Wegstrecke anzusehen seien und nicht zwingend dem Friedhof zugerechnet werden dürften. Er weist auch darauf hin, dass die Planung für die Umgestaltung bereits seit über fünf Jahren besteht.

Josef Hoffmeister hält den Vorplatz in der jetzigen Form für völlig ausreichend. Er warnt davor, die Friedhofsgebühr noch weiter zu strapazieren, da die städtischen Friedhöfe mittlerweile im Wettbewerb mit anderen Bestattungsmöglichkeiten stehen.

Dieter Becker argumentiert für die Umgestaltung des Vorplatzes.

Josef Büker und Josef Dreier halten es für ohnehin erforderlich, über die sich abzeichnenden Änderungen in der Bestattungskultur und die sich daraus ergebenden notwendigen Änderungen bis hin zu Verkleinerungen der Friedhöfe zu diskutieren.

Helmut Lensdorf stellt in Frage, ob der Vorplatz unter diesem Gesichtspunkt dann überhaupt noch angegangen werden muss, wenn der Friedhof ohnehin verkleinert werden könnte.

Paul Postert erinnert daran, dass der Friedhofsvorplatz nun schon zum wiederholten Male auf der Tagesordnung steht. Er plädiert dafür, dass in der kommenden Ratssitzung ein Antrag gestellt wird über den dann endgültig abgestimmt werden kann.

Josef Dreier bittet um Bekanntgabe der bis zum 31.12.2016 aufgelaufenen Investitionskosten im Hallenbad. Weiter fragt er an, ob die für 2017 vorgesehenen Haushaltsmittel Netto- oder Bruttobeträge darstellen. *Nachrichtlich: bei den im Haushaltsplan aufgeführten Ansätzen im Produkt 0842402 Freizeithallenbad handelt es sich um Netto-Beträge.*

Zur beabsichtigten Investition in die Toilettenanlage der Abtei Marienmünster bemerkt Josef Dreier kritisch, ob die Stadt wirklich für die Kirche investieren soll.

Bürgermeister Klocke entgegnet, dass nicht für die Kirche, sondern aus touristischen Zwecken die Toilettenanlage erneuert werden soll, um den ständig mehr werdenden Touristen ein ganzjähriges Angebot zu schaffen. Hierdurch solle die Stadt die touristische Entwicklung der Abtei weiter unterstützen. Der Standard solle verbessert werden und die Anlage solle unter Berücksichtigung denkmalschutzrechtlicher Belange auch im Winter betrieben werden können. Auf

den Einwand von Josef Dreier, die Busse könnten doch dem Besucherparkplatz am Besucherzentrum anfahren, argumentiert Bürgermeister Klocke, das Besucherzentrum sei von der Größe der Toilette her hierfür nicht ausgelegt. Zudem würden die Busse den größeren Parkplatz anfahren und der erste Gang der Besucher sei nun einmal in der Regel zur Toilette.

Klaus-Peter Gosse spricht sich für die Investition in die Toilettenanlage aus. Seine Nachfrage, wer die Toiletten zurzeit reinigt, wird von Bürgermeister Klocke beantwortet.

Elmar Stricker hält die Investition in die Toilettenanlage der Abtei Marienmünster ebenfalls für notwendig. Die Abtei sei das kulturelle Aushängeschild der Stadt Marienmünster und werde gut angenommen.

Helmut Lensdorf bestätigt, dass die Toilette im Besucherzentrum nicht groß genug ist für eine größere Anzahl von gleichzeitig ankommenden Gästen. Er erinnert daran, dass der erste und der letzte Eindruck bei den Gästen am meisten hängen bleiben. Deshalb unterstütze er das Vorhaben, die Toilettenanlage zu sanieren.

Friedrich Potthast regt an, sich auch Gedanken darüber zu machen, ob nicht eine Toilettenanlage auf dem zentralen Omnibusbahnhof in Vörden errichtet werden kann, um den Fahrgästen und auch den Fahrern eine Möglichkeit zu bieten, außerhalb der Öffnungszeiten des Rathauses ihre Notdurft verrichten zu können.

Josef Büker fordert, die Kirche stärker in die Pflicht zu nehmen. Ebenfalls müsse der Schützenverein bei Inanspruchnahme der Toilettenanlage zur Kasse gebeten werden. Hierzu erklärt Bürgermeister Klocke, dass die diesbezüglichen Verhandlungen noch ausstehen.

Gregor Meier stellt die die sich aus Sicht der Verwaltung ergebenden Änderungen zum Haushaltsplanentwurf vor:

- Die Heizkosten in der alten Grundschule Bredenborn seien durch die dortige Unterbringung von Flüchtlingen eklatant gestiegen. Hier müsse der Ansatz entsprechend angepasst werden (+10.000 €)
- Für die Sporthalle Bredenborn müsse ein Ansatz in Höhe von 4.000 € zusätzlich geschaffen werden, um den Trendvorhang sanieren zu können.
- Für den gegebenenfalls nötigen Ankauf eines Grundstücks in Vörden auf der Grundlage eines Vertrages aus dem Jahr 1975 müssten 200.000 € eingestellt werden (Sportplatz Vörden).
- Um die defekte Reinigungsmaschine in der Sporthalle Bredenborn ersetzen zu können, sei ein Ansatz von 5.200 € zusätzlich aufzunehmen.
- 5000 € seien zusätzlich in den Haushalt aufzunehmen, um das weiter vorne angesprochene Gutachten finanzieren zu können, dass für die Beurteilung benötigt werde, ob ein Abriss und Neubau wirtschaftlicher als die Sanierung des alten Grundschule Gebäudes ist.

- Die bereits angesprochene Änderung beim Erwerb des Feuerwehrfahrzeugs für die Ortschaft Bremerberg (-15.000 €)
- Das zunächst für das Feuerwehrgerätehaus in Hohehaus angedachte Sektionaltor werde nicht benötigt (-15.000 €)
- Im Gewerbegebiet Vörden sei gegebenenfalls ein Grundstück zu erschließen. Die hierdurch eventuell anfallenden Erschließungskosten seien noch zu ermitteln und würden in der kommenden Ratssitzung bekannt gegeben.

Josef Büker schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt wie in den Vorjahren ohne Beschlussempfehlung an den Rat weiterzugeben.

Helmut Lensdorf bittet um Zusammenstellung der absehbaren Änderungen zum Haushaltsplanentwurf. Dem schließt sich Kai Schöttler an und bittet um Übersendung der Liste an die bekannten E-Mail-Adressen.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

### **3. Kreditaufnahme Finanzierung Kommanditanteil WWE GmbH & Co. KG** **Vorlage: 005/2017**

Bürgermeister Klocke erläutert den Sachverhalt anhand der Verwaltungsvorlage.

Kai Schöttler begrüßt, dass nun die KfW-Bank ins Auge gefasst wird. Der angebotene Zinssatz von derzeit 0,6 % sei hervorragend.

Josef Dreier vertritt die Auffassung, dass angesichts der guten Kassenlage man sich Gedanken machen sollte, ob der Eigenanteil der Stadt nicht noch höher gesetzt werden könnte.

Bürgermeister Klocke führt hierzu aus, dass er perspektivisch nicht in die Situation kommen möchte, bei Auszahlungsspitzen Kassenkredite aufnehmen zu müssen.

Gregor Meier unterstützt diese Ansicht. Er möchte lieber das Prinzip der kaufmännischen Vorsicht walten lassen und es bei einem Eigenanteil von 20 % belassen.

#### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird ermächtigt, das wirtschaftlichste Kreditangebot direkt nach Abschluss des Anzeigeverfahrens bei der Kommunalaufsicht und dem rückwirkenden Inkrafttreten Haushaltsatzung durch öffentliche Bekanntmachung zu realisieren.

**Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Abstimmungsergebnis:**

Ja: 11  
 Nein: 0  
 Enthaltung: 0

4. **7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Marienmünster**  
**Vorlage: 001/2017**

Der Sachverhalt ist allen Ausschussmitgliedern aus der Verwaltungsvorlage und den Vorgesprächen bekannt.

Kai Schöttler gibt bekannt, dass er als einziger von der Änderung profitiert. Um weiteren Anmerkungen zuvorzukommen habe er sich entschlossen, 500 € an die Grundschule für Zwecke der Inklusion zu spenden.

Helmut Lensdorf bittet um Vertagung bis zur nächsten Sitzung, da er zunächst die Fraktionssitzung der Kreis-SPD im Februar abwarten möchte.

Bürgermeister Klocke möchte dagegen schnellstmöglich eine rechtssichere Position schaffen und plädiert für einen Empfehlungsbeschluss in der heutigen Sitzung und einer endgültigen Beschlussfassung der kommenden Ratssitzung.

**Beschlussempfehlung:**

Der vorgelegte Entwurf zur 7. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Marienmünster vom 7.10.1999 wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja: 9  
 Nein: 0  
 Enthaltung: 2

5. **Unterstützung der OWL Bewerbung "Das neue UrbanLand" im Rahmen der REGIONALE 2022/2025**  
**Vorlage: 006/2017**

Bürgermeister Klocke erläutert den Sachverhalt an der Verwaltungsvorgang.

Josef Büker unterstützt das Ansinnen. „It's OWL“ sei bereits ein großer Erfolg gewesen. Er stellt aber auch fest, dass die Politiker mit immer neuen weiteren Programmen bombardiert werden. Er richtet in Bezug auf die Dorfentwicklungsmaßnahmen die Bitte an die Verwaltung, kurz und knapp die verschiedenen Programme vorzustellen.

Bürgermeister Klocke sagt zu, eine Zusammenstellung der derzeitigen Fördersysteme ins Intranet einzustellen. Er regt an, sich in den Ortschaften Gedanken zu machen, ob gegebenenfalls

wünschenswerte Projekte vorliegen, die in Prozesse wie ILEK oder DIEK eingebunden werden könnten.

Auch Helmut Lensdorf unterstützt die OWL-Bewerbung.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Marienmünster begrüßt und unterstützt die OWL-Bewerbung "Das neue Urban-Land".

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	11
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **6. Mitteilungen und Anfragen**

Bernadette Niemeier fragt an, ob es tatsächlich so ist, dass die Städte auf Kosten hängen bleiben, was die Inklusion in den Schulen angeht.

Josef Suermann erklärt hierzu, dass dies in Marienmünster spätestens dann der Fall wäre, wenn für Kinder mit besonderem Bedarf Klassen umgestaltet oder Fahrstühle pp. eingebaut werden müssten.

Helmut Lensdorf fragt an, ob der Schulleiter nicht einmal das inhaltliche Konzept der Schule im Hauptausschuss vorstellen kann. Nicolai Loges sagt dies zu und ergänzt, dass er gerne auch einen Abriss über die anderen gefertigten Konzepte geben würde. Er verweist auf die Internetseite der Schule, die bereits viele Informationen in diese Richtung gibt.

Josef Dreier hält es für untauglich, dass 17 Kinder und jugendliche Flüchtlinge gleichzeitig in der alten Schule in Bredenborn untergebracht sind. Er halte es nicht für richtig, dass Familien mit Kindern "kasernenartig" untergebracht werden.

Elmar Stricker begrüßt, dass die Stadt Marienmünster sich nicht an der Kommunalverfassungsbeschwerde gegen das 9. Schulrechtsänderungsgesetz beteiligt hatte. Vom christlichen Ansatz her sei es selbstverständlich, den schwächsten der Gesellschaft zu helfen.

Bürgermeister Klocke entgegnet, dass es landesweit um Milliarden geht, auf die die Städte hängen bleiben. Es sei in der Kommunalverfassungsbeschwerde darum gegangen, den Umgang des Landes NRW mit dem landesverfassungsrechtlich verankerten Konnexitätsprinzip überprüfen zu lassen. *Nachrichtlich: Gerügt wurde insbesondere die fehlende Gleichzeitigkeit von Aufgabenübertragung und einer – erst nach erheblichem Druck der kommunalen Spitzenverbände zustande gekommenen – Kostenfolgeabschätzung, die zudem noch darunter litt, dass das Land ganz bewusst darauf verzichtet hatte, auch nur Mindeststandards für die Aufgabener-*

*ledigung zu definieren.... Konkret ging es auch um die Frage, ob das Land gesetzlich verpflichtet ist, den Kommunen die explodierenden Kosten für Integrationshelfer zu erstatten, was es bis heute grundsätzlich in Abrede stellt.*

*Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen hat die Kommunalverfassungsbeschwerde von 52 nordrhein-westfälischer Kommunen gegen das Erste Gesetz zur Umsetzung der VN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen (9. Schulrechtsänderungsgesetz) vom 05.11.2013 als unzulässig zurückgewiesen. Nach Ansicht der Richter hatte den beschwerdeführenden Kommunen die Beschwerdebefugnis gefehlt, weil sie nicht gleichzeitig mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz auch das Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion vom 09.07.2014 angegriffen haben (dem Schnellbrief des StGB Nr. 4 vom 10.01.2017 entnommen).*

## **7. Fragen von Einwohnern**

keine

Robert Klocke  
Vorsitzende

gez. Robert Klocke  
Bürgermeister

gez. Josef Suermann  
Protokollführer